

2960/J XX.GP

der Abg. Mag. Trattner, Ing. Meischberger und Kollegen an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr betreffend Atomtransporte durch Tirol bzw. Österreich Laut eines Artikels in der Tiroler Tageszeitung vom Donnerstag, den 07.08.1997 lösten die wenige Tage vorher durchgeführten Atomtransporte per LKW durch Tirol beim Bundesminister für Inneres einen politischen Nachdenkprozeß aus

Gegenüber der Tiroler Tageszeitung kritisierte er die Zahl der seit 1993 durchgeführten Urantransporte (14!) und stellte deren Notwendigkeit in Frage

Als ersten Schritt kündigte er eine genaue Überprüfung aller Gefahrenguttransporte an. Des weiteren ließ er laut Ankündigung auch die derzeitige Rechtslage analysieren, ob denn Österreich überhaupt verpflichtet sei, solche Transporte durchfahren zu lassen.

Aber auch die Kompetenzzersplitterung innerhalb der Bundesregierung wollte er beseitigt wissen. Denn laut gegenwärtiger Rechtslage sind Sie, Herr Bundesminister, zusammen mit den Landeshauptleuten für die Atomtransporte verantwortlich, wenn davon mehrere Länder betroffen sind.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr folgende

Anfrage

1. Wie stehen Sie als Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr grundsätzlich zu solchen Atomtransporten per LKW quer durch Österreich ?
2. Stellen derartige Atomtransporte Ihrer Meinung nach nicht ein gravierendes Risiko für die Bevölkerung entlang der betroffenen Transitrouten dar ?
3. Wie hoch schätzen Sie die Kosten für die heimische Volkswirtschaft bei einem etwaigen, aber niemals auszuschließenden Strahlungsunfall ?

4. Wer bzw. welche Stelle würde einen derartigen Schadensfall decken
5. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß derartige Atomtransporte zukünftig nur mehr per Bahn in Spezialcontainern abgewickelt werden ?
  - e. Wird bei derartigen Sondertransporten in Zukunft darauf geachtet, die jeweilige Katastrophenschutzabteilung des betroffenen Bundeslandes rechtzeitig zu informieren, damit diese im Ernstfall raschest Hilfe leisten kann ?
7. Welche rechtlichen Gegenmaßnahmen können Sie als ressort - zuständiges Regierungsmitglied setzen, um solche Sondertransporte per LKW zu verbieten, auch entgegen den Bestimmungen der EU-Verbringungsverordnung ?
  - B. Widerspricht diese EU-Verbringungsverordnung nicht dem, von der Bundesregierung anlässlich der EU-Beitrittsabstimmung abgegebenen Versprechen, Österreich werde nicht mit der Atomenergie oder deren Abfallprodukten in Berührung kommen, wenn es die Bevölkerung nicht wolle ?
9. Haben schon Gespräche auf internationaler Ebene mit Ihren benachbarten Ressortkollegen stattgefunden, um hinkünftig gemeinsam derartige Atomtransporte per LKW verhindern zu können ?
  - a. Wenn ja, welche Ergebnisse können Sie der österreichischen Bevölkerung präsentieren ?
  - b. Wenn nein, werden Sie solche Gespräche in absehbarer Zukunft führen
11. Wie weit sind ihre Bemühungen gediehen, zusammen mit dem Bundesministerium für Inneres eine Kompetenzbereinigung vorzunehmen
12. Haben diesbezügliche Gespräche überhaupt schon stattgefunden ?